

Lübeck, 21.05.2015

Antrag

Bearbeitung: Sina Peisker (E-Mail: sina.peisker@luebeck.de Telefon: 122-2372)

DIE LINKE. Austausch Antrag zu VO/2015/02676: Flüchtlinge nicht in Containern unterbringen

Beratungsfolge:

Datum	Gremium	Status	Zuständigkeit
21.05.2015	Bürgerschaft der Hansestadt Lübeck	Öffentlich	zur Entscheidung

Antrag:

Die temporäre Unterbringung der Flüchtlinge ab September 2015 wird nicht in Containern umgesetzt. Es ist eine adäquate Unterbringungsmöglichkeit zu finden.

Die Mindestanforderungen der Unterbringung von Flüchtlingen auf dem Gebiet der Hansestadt Lübeck in Gemeinschaftsunterkünften, aber auch in Erstaufnahmeeinrichtungen (EAE) die auf dem Gebiet der Hansestadt Lübeck vom Bundesland Schleswig-Holstein betrieben werden, sind deutlich zu erhöhen.

Dieses bezieht sich insbesondere auf die für jeden Flüchtling zur Verfügung stehende Wohnfläche, Quantität und Qualität des Personalschlüssels der Betreuung von Kindern und Traumatisierten, sowie der Obergrenze der Anzahl der Flüchtlinge je Unterbringung und im Bezug auf eine EAE, der Grad der Dezentralisierung.

Dazu wird ein runder Tisch einberufen, an dem die Verwaltung, die Fraktionen, sowie Flüchtlingsorganisationen zu beteiligen sind. Im Bezug auf die Mindeststandards einer zukünftigen Erstaufnahmestelle sind VertreterInnen des Bundeslandes Schleswig-Holstein hinzuzuziehen.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Anlagen :

Vorsitzende/r
der Fraktion Die Linke